

Antrag

der Abg. Winfried Scheuermann u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Umwelt und Verkehr

Entwicklung und Perspektiven für die Lokale Agenda 21 in Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten:

1. Wie viele Gemeinden haben nach Kenntnis der Landesregierung einen Beschluss zur Lokalen Agenda 21 gefasst? Sind nach Gemeindegröße und -verteilung im Land Unterschiede festzustellen?
2. Welchen Stand hat die Lokale Agenda 21 in Baden-Württemberg im Vergleich mit anderen Bundesländern?
3. Welche Themen/Schwerpunkte haben sich herausgebildet?
4. Welchen Stand hat der Prozess der Bürgerbeteiligung erreicht? Welche gesellschaftlichen Gruppen konnten eingebunden werden? Wo bestehen ggf. Defizite?
5. Wie hat das Land die Kommunen und Bürgergruppen in den vergangenen Jahren unterstützt?
6. Wie viele Projekte hat die Landesregierung im Rahmen des seit 1999 durchgeführten Agenda-Wettbewerbs gefördert, und wie wird der Erfolg der geförderten Projekte eingeschätzt?
7. Inwieweit konnten im Rahmen der Lokalen Agenda über die einzelnen Gemeinden hinaus Projekte oder Kooperationen
 - a) auf regionaler Ebene
 - b) grenzüberschreitend
 - c) auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit realisiert werden?

8. Wie kann die Entwicklung der Agenda 21 mit dem Kernelement des bürger-schaftlichen Engagements im Sinne der Nachhaltigkeit auf eine dauerhafte Basis gestellt werden?
9. Wie können Kommunen für sich den Erfolg und den eigenen Stand auf dem Umsetzungspfad der Lokalen Agenda 21 feststellen?
10. Welchen Unterstützungsbedarf sieht die Landesregierung hinsichtlich der Kommunen sowie Bürgergruppen für die Zukunft?

24.05.2002

Scheuermann, Hauk, Klenk,
Dr. Steim, Behringer CDU

Begründung

Im Herbst diesen Jahres findet in Johannesburg die Folgekonferenz Rio + 10 zur Konferenz von Rio statt. Die Bedeutung der Kommunen als Handlungsebene und die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger wurde in der Konferenz von Rio ausdrücklich hervorgehoben. Die kommunalen Entscheidungsträger wurden aufgerufen, in einen Dialog zur nachhaltigen Entwicklung einzutreten. Im Vorfeld der Konferenz von Johannesburg stellt sich die Frage nach einer Bilanz in Baden-Württemberg und welche Perspektiven sich heute ergeben. Viele Kommunen in Baden-Württemberg sind auf dem Gebiet der Lokalen Agenda aktiv. Die Agenda hat mittlerweile die Sphäre des Neuartigen und Spektakulären verlassen. Damit stellt sich jedoch auch die Frage, wie das Bürgerengagement für Nachhaltigkeit, das Kernelement der Lokalen Agenda 21 ist, verstetigt und sinnvoll gefördert werden kann. Das Land hat seit 1999 u. a. mit einem Förderwettbewerb für Agenda-Projekte die Lokale Agenda unterstützt. Von Interesse ist, welche Erfahrungen in diesem Rahmen gesammelt wurden.

Stellungnahme *)

Mit Schreiben vom 4. Juli 2002 Nr. 22-3561/51 nimmt das Ministerium für Umwelt und Verkehr im Einvernehmen mit dem Innenministerium, dem Wirtschaftsministerium, dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum und dem Sozialministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

1. *Wie viele Gemeinden haben nach Kenntnis der Landesregierung einen Beschluss zur Lokalen Agenda 21 gefasst?
Sind nach Gemeindegröße und -verteilung im Land Unterschiede festzustellen?*

Zu 1.:

A) Beschlüsse allgemein

Am 10. Juni 2002 waren beim Agenda-Büro der Landesanstalt für Umweltschutz insgesamt 360 Beschlüsse zur Lokalen Agenda erfasst, davon 346 Beschlüsse von Kommunen und 14 Beschlüsse von Landkreisen. Das sind 31 % der Kommunen und 40 % der Landkreise in Baden-Württemberg.

In den letzten Jahren waren folgende Entwicklungen zu verzeichnen (Kommunen und Landkreise zusammengezählt):

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

01.12.1997:	8
01.06.1998:	10
15.01.1999:	44
15.07.1999:	132
01.03.2000:	200
01.03.2001:	309
10.06.2002:	360

B) Beschlüsse nach Gemeindegrößen

Bei den Beschlüssen ist ein starkes Gefälle nach Gemeindegrößen feststellbar. Während nahezu alle größeren Städte einen Lokalen Agenda-Beschluss gefasst haben, sind insbesondere kleinere Gemeinden unter 5.000 Einwohnern noch relativ gering vertreten:

Größe / Einwohnerzahl	Anzahl Beschlüsse	Anzahl Gemeinden	Anteil in %
Über 100.000	9	9	100 %
20.000 - 100.000	73	83	88 %
10.000 - 20.000	74	149	50 %
5.000 - 10.000	102	266	38%
Unter 5.000	88	604	15%

C) Beschlüsse nach Verteilung im Land

Die regionale Verteilung gestaltet sich nach Landkreisen sehr unterschiedlich. Die regionalen Unterschiede sind nach Erfahrungen des Agenda-Büros einerseits auf die Ausstrahlung von Agenda-Prozessen in den Ober- und Mittelzentren auf die Region (z. B. Stuttgart, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Heilbronn, Friedrichshafen, Ravensburg oder Schramberg) und andererseits auf die Unterstützung der Gemeinden durch eigene Agenda-Beauftragte der Landkreise zurückzuführen. Im Bodenseekreis, wo beide Faktoren zusammen kommen, haben zwei Drittel aller Gemeinden einen Lokalen Agenda-Beschluss gefasst.

Nach absoluten Zahlen entfallen die meisten Lokalen Agenda-Beschlüsse auf folgende Landkreise:

- Rhein-Neckar-Kreis mit 27 kommunalen Beschlüssen
- Breisgau-Hochschwarzwald mit 19 kommunalen Beschlüssen
- Göppingen und Heilbronn mit je 17 kommunalen Beschlüssen.

Nimmt man den Anteil der Agenda-Beschlüsse an der Gemeindezahl des Landkreises, zeichnet sich der Bodenseekreis durch zwei Drittel aller Gemeinden (65 %) sowie die Landkreise Rhein-Neckar-Kreis, Böblingen und Enzkreis mit je 50 % der Gemeinden aus.

Die Verteilung der Lokalen Agenda-Beschlüsse nach Landkreisen gestaltet sich folgendermaßen:

Landkreise	Anzahl der Gemeinden mit Lokalem Agenda-Beschluss	Anzahl aller Gemeinden	Lokale Agenda-Beschlüsse in Prozent (aller Gemeinden)
Alb-Donau-Kreis	4	55	7 %
Biberach	4	45	9 %
Bodenseekreis	15	23	65%
Böblingen	13	26	50 %
Breisgau-Hochschwarzwald	19	50	38 %
Calw	3	25	12 %
Emmendingen	9	24	38 %
Enzkreis	14	28	50%
Esslingen	15	44	34 %
Freudenstadt	0	17	0 %
Göppingen	17	38	45 %
Heidenheim	3	11	27 %
Heilbronn	17	46	37 %
Hohenlohe	6	16	38 %
Karlsruhe	15	32	47 %
Konstanz	5	25	20%
Lörrach	12	42	29 %
Ludwigsburg	16	39	41 %
Main-Tauber-Kreis	7	18	39%
Neckar-Odenwald-Kreis	1	27	4 %
Ortenaukreis	14	51	27 %
Ostalbkreis	16	42	38 %
Rastatt	11	23	48 %
Ravensburg	15	39	38 %
Rems-Murr-Kreis	15	31	48 %
Reutlingen	9	27	33 %
Rhein-Neckar-Kreis	27	54	50 %
Rottweil	6	22	27 %
Schwäbisch-Hall	4	30	13 %
Schwarzwald-Baar-Kreis	7	20	35 %
Sigmaringen	4	25	16 %
Tübingen	6	15	40 %
Tuttlingen	3	35	9 %
Waldshut	2	32	6 %
Zollernalbkreis	3	25	12 %

Hinzu kommen 9 Stadtkreise, die alle einen Lokalen Agenda-Beschluss aufweisen.

2. Welchen Stand hat die Lokale Agenda 21 in Baden-Württemberg im Vergleich mit anderen Bundesländern?

Zu 2.:

Nach absoluten Zahlen hatte bei der letzten bundesweiten Erhebung im März 2002, die das Agenda-Büro Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit den anderen Länder-Agenda-Büros durchführte, Bayern mit 678 die meisten Lokalen Agenda-Beschlüsse zu verzeichnen. Es folgen Baden-Württemberg mit 336, Hessen mit 268 und Nordrhein-Westfalen mit 256 Beschlüssen.

Insgesamt fällt bundesweit auf, dass ca. zwei Drittel aller Lokalen Agenda-Beschlüsse auf nur vier Bundesländer (Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen) entfallen, in denen die Kommunen seit Jahren bei der Lokalen Agenda von Landeseinrichtungen beraten und finanziell gefördert werden.

Die Verteilung der bundesweit 2 291 kommunalen Beschlüsse gestaltet sich im Einzelnen folgendermaßen (Stand: März 2002):

Bundesland	Anzahl der Lokale Agenda-Beschlüsse	Lokale Agenda-Beschlüsse der Kommunen/Landkreise in Prozent
Baden-Württemberg	336	29 %
Bayern	678	32 %
Berlin	13	
Brandenburg	41	3 %
Bremen	2	
Hamburg	6	
Hessen	268	60 %
Mecklenburg-Vorpommern	152	15 %
Niedersachsen	125	12 %
Nordrhein-Westfalen	256	60 %
Rheinland-Pfalz	121	5 %
Saarland	34	59 %
Sachsen	46	8 %
Sachsen-Anhalt	12	1 %
Schleswig-Holstein	53	5 %
Thüringen	131	13 %

Die vorliegenden Ergebnisse sind nach Erfahrungen des Agenda-Büros zum Teil auch auf die unterschiedlichen Gemeindestrukturen zurückzuführen. Nach wie vor sind kleine Gemeinden unter 10.000 Einwohnern, das sind rund 90 % aller Gemeinden in Deutschland, bei der Lokalen Agenda unterrepräsentiert. Dies macht sich besonders bei großen Flächenstaaten mit vielen kleinen Gemeinden bemerkbar.

3. Welche Themen und Schwerpunkte haben sich herausgebildet?

Zu 3.:

In den meisten Kommunen arbeiten Arbeitskreise zu übergreifenden Themen bzw. Themengruppen, sodass eine klare Trennung von Einzelthemen nur schwer möglich ist.

Das Agenda-Büro gibt als Arbeitsmaterial eine Übersicht der Agenda-Kommunen heraus, die auch Angaben zu den Schwerpunkten und Arbeitsgruppen der Lokalen Agenda enthält. Eine Auswertung im März 2001, die auf den Angaben von rund 250 Kommunen beruhte, ergab dabei folgende Nennungen nach vom Agenda-Büro später eingeteilten Themenschwerpunkten:

Stadtentwicklung, Wohnen, Verkehr	71% (dabei 47% mit Thema Mobilität/Verkehr)
Umwelt, Natur, Ressourcen	63%
Soziales, Miteinander	57%
Wirtschaft, Arbeit	42%
Klimaschutz, Energie	39%
Konsum, Freizeit, Kultur, Tourismus	39%
Jugend, Kinder, Bildung	29%
Landwirtschaft, Direktvermarktung	16%
Eine Welt	6%

Diese Ergebnisse weisen einen erheblichen Unsicherheitsfaktor auf. Bei den Themen ist zu beachten, dass einzelne Themen mit jeweils konkreten Projekten oft in Arbeitskreisen mit anderen „Oberthemen“ behandelt werden, z. B. das Thema „Eine Welt“ unter Soziales oder Konsum und das Thema Bildung bzw. Kinder unter Umwelt.

Bei allen methodischen Einschränkungen, die eine wirklich exakte Angabe über die einzelnen behandelten Themen schwer möglich machen, ist als Ergebnis festzuhalten:

Das Thema Stadt- und Gemeindeentwicklung steht im Mittelpunkt der Lokalen Agenda 21; Mobilität bzw. Verkehr bildet das wichtigste Einzelthema.

Ferner werden in der Lokalen Agenda ökologische, soziale und wirtschaftliche Fragen etwa gleichberechtigt behandelt, da innerhalb der obigen Auflistung zum wirtschaftlichen Bereich auch Einzelthemen wie Landwirtschaft und Tourismus zu rechnen sind.

Insgesamt weichen die Ergebnisse, besonders beim Thema Klimaschutz/Energie, von entsprechenden bundesweiten Erhebungen ab. Scheinbar wird dieses schon länger auch vom Land mit entsprechenden Aktivitäten unterstützte Thema bereits als eigenständig angesehen und deshalb im Rahmen der relativ neuen Lokalen Agenda nicht mehr extra erwähnt. Eine wesentliche Verschiebung hat sich im letzten Jahr durch entsprechende Landesaktivitäten beim Thema „Eine Welt“ ergeben, das inzwischen eine wesentlich größere Rolle in der Lokalen Agenda spielt (siehe 7c.)

Das Agenda-Büro hat in 2002 eine umfangreiche Umfrage unter den Agenda-Kommunen durchgeführt. Die Rücklaufquote betrug dabei über 50% der 346 Kommunen mit Lokalen Agenda-Beschlüssen. Die Auswertung wird gegenwärtig vorgenommen und noch vor der Sommerpause abgeschlossen.

*4. Welchen Stand hat der Prozess der Bürgerbeteiligung erreicht?
Welche gesellschaftlichen Gruppen konnten eingebunden werden?
Wo bestehen ggf. Defizite?*

Zu 4.:

A) Bürgerbeteiligung und Einbindung gesellschaftlicher Gruppen

Durch entsprechende Kooperationen auf Landesebene und die Kenntnis der Lokalen-Agenda-Prozesse ist ein guter Überblick über die Aktivitäten gesellschaftlicher Gruppen zur Lokalen Agenda in Baden-Württemberg möglich. Allerdings sind genauere Aussagen auf kommunaler Ebene erst nach Auswertung der unter 3. genannten Umfrage unter den Kommunen möglich.

Auf Landesebene können besonders folgende gesellschaftlichen Gruppen mit eigenen Aktivitäten zur Lokalen Agenda genannt werden:

a) Der Landessportverband Baden-Württemberg (LSV) hat einen eigenen Agenda-Beauftragten benannt. Erste Aktivitäten bildeten der (gemeinsam mit anderen Bundesländern erstellte) Leitfaden „Agenda 21 im Sportverein“ und der im Jahr 2001 erstmals durchgeführte Wettbewerb „Agenda 21 im Sportverein“, der jetzt wieder ausgeschrieben wird. Das Ministerium für Umwelt und Verkehr und die Landesanstalt für Umweltschutz unterstützen ökologische Aktivitäten in Sportvereinen (Öko-Check) bzw. der Landessportschule Albstadt.

b) Die Landeskirchen sind in Baden-Württemberg zur Lokalen Agenda 21 aktiv. Die ACK (Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg) hat zur Teilnahme an der Lokalen Agenda aufgerufen und dafür Ansprechpartner und Beispiele veröffentlicht.

Die evangelische Landeskirche in Württemberg hat mit ihren „Ökologischen Leitlinien in der Praxis“ viele örtliche Aktivitäten aufgezeigt und ausdrücklich auf die Lokale Agenda 21 Bezug genommen. Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Organisationen und Verbände der Diözese Rottenburg-Stuttgart (ako) hat das Projekt „Peperoni“ zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21 gestartet. In 4 Modellstandorten wurden vor Ort Aktivitäten durchgeführt. Als nächster Schritt wurden unter dem Motto „Peperoni bringt Kohle“ in einem Wettbewerb Initiativen für eine Lokale Agenda 21 prämiert.

c) Der Handwerkstag Baden-Württemberg rief zur Mitarbeit in der Lokalen Agenda auf und veröffentlichte einen „Leitfaden Lokale Agenda - Chancen für das Handwerk“. Das Agenda-Büro führte in Kooperation mit Handwerkskammern und IHK in 2001 zwei regionale Workshops „Handwerk und Lokale Agenda“ in Stuttgart und Öhringen durch. Für 2002 sind drei weitere Workshops in Vorbereitung. Der Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA beteiligt

- sich mit seinem „Gütesiegel Umweltfreundlicher Betrieb“ an der Lokalen Agenda.
- d) Die Umweltverbände NABU und BUND gehören vor Ort in der Lokalen Agenda zu den aktiven Kräften und unterstützen dies auf Landesebene durch entsprechende Aktivitäten wie Seminare und Publikationen, der BUND hat auf Landesebene einen Agenda-Arbeitskreis eingerichtet.
 - e) Eine-Welt-Gruppen wie der deab (Dachverband der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen Baden-Württemberg) bringen sich mit eigenen Aktivitäten zum Fairen Handel in die Lokale Agenda ein. Mit vier Regionalberatern unterstützt der deab besonders die Einführung von Agenda-Kaffees in den Kommunen (siehe 7c). Gemeinsam mit der Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung KATE und dem Entwicklungspädagogischen Zentrum epiz hat der deab das Projekt „Global Fairness“ in Baden-Württemberg gestartet. Gefördert vom Land Baden-Württemberg und der Europäischen Union wird damit die Verknüpfung von Lokaler Agenda und Entwicklungszusammenarbeit verstärkt und mit den Schwerpunkten Fairer Handel, Partnerschaften und Globale Bildung umgesetzt.
 - f) Die Landfrauenverbände führen auf kommunaler, regionaler und Landesebene Aktionen zur Lokalen Agenda durch, meist zur Vermarktung regionaler Produkte aus der Landwirtschaft.
 - g) Mit dem paritätischen Wohlfahrtsverband führte das Agenda-Büro ein gemeinsames Seminar zur Lokalen Agenda durch. Insgesamt sind soziale Initiativen und Verbände auf Landesebene stärker im Bereich der Geschäftsstelle Bürgerschaftliches Engagement des Sozialministeriums aktiv, wobei sich vor Ort die Zusammenarbeit zwischen Bürgerschaftlichem Engagement und Lokaler Agenda deutlich verstärkt hat und viele gemeinsame Aktivitäten durchgeführt werden.

B) Defizite

Von den Kommunen wird besonders das Fehlen zweier Gruppen beklagt: der Jugend und der Wirtschaft. Diese Erfahrung wird bundesweit bestätigt. Dabei zeigen die Erfahrungen, dass die Einbindung der beiden Gruppen vor Ort dort gelingt, wo durch konkrete Projekte für den Kooperationspartner ein Nutzen erkennbar ist und schnell Ergebnisse erzielt werden. Für die Wirtschaft beispielsweise durch neue Auftragsfelder im Bereich Klimaschutz, für die Jugend die Wahrnehmung ihrer Interessen mit eigenständigen Projekten wie Jugendzeitungen oder EDV-Projekten. Beklagt wird von den Kommunen die noch ungenügende Einbindung der örtlichen Vereine in die Lokale Agenda.

Ein Ziel ist es, diese Defizite abzubauen. Das Agenda-Büro hat zur Einbindung der Wirtschaft in die Lokale Agenda einen Leitfaden mit Praxisbeispielen herausgegeben und führt wie unter 4 c) beschrieben, regionale Seminare mit der Wirtschaft durch. Für die bessere Einbindung der Jugend hat ein landesweiter Jugend-Workshop im Rahmen des Landes-Agenda-Gipfels am 29. Juni 2002 in Stuttgart stattgefunden. Mit dem Landesportverband wird ein gemeinsames Arbeitsmaterial zur Agenda 21 im Sportverein erstellt.

Aus Sicht des Agenda-Büros sind hinsichtlich der Zusammenarbeit auf Landesebene und Mitarbeit in der Lokalen Agenda Defizite bei den Gewerkschaften und mit Ausnahme der Handwerkskammern auch bei den Wirtschaftsverbänden festzuhalten.

5. Wie hat das Land die Kommunen und Bürgergruppen in den vergangenen Jahren unterstützt?

Zu 5.:

Das Ministerium für Umwelt und Verkehr hat 1998 in Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden das Agenda-Büro bei der Landesanstalt für Umweltschutz in Karlsruhe eingerichtet. Ziel ist es, die Lokale Agenda 21 bekannt zu machen und die Kommunen und Agenda-Gruppen durch Beratung zu unterstützen. Seit Beginn seiner Tätigkeit am 28. April 1998 hat das Agenda-Büro

seine Tätigkeit auf eine praxisnahe Beratung und Unterstützung der Kommunen und Agenda-Gruppen ausgerichtet, die in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie den Kommunen und Landkreisen umgesetzt wird.

Schwerpunkte bilden dabei:

- Veranstaltungen zum Einstieg und zur Weiterführung der Lokalen Agenda
- Vorträge und Beratung
- Materialien und Öffentlichkeitsarbeit
- Modellprojekte und Studien
- Finanzielle Förderung

A) Veranstaltungen

Das Agenda-Büro führte seit 1998 insgesamt 24 eintägige Einstiegsworkshops in die Lokale Agenda mit 465 Teilnehmern durch. Für fortgeschrittene Kommunen und die Landkreise wurden auf Landes- bzw. regionaler Ebene 18 Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch mit insgesamt 580 Teilnehmern durchgeführt. Ferner führte das Agenda-Büro meist in Kooperation mit anderen Veranstaltern insgesamt 18 Seminare zu inhaltlichen Schwerpunkten der Lokalen Agenda mit 480 Teilnehmern durch. Themen waren dabei (jeweils im Rahmen der Lokalen Agenda) die Entwicklung von Nachhaltigkeitsindikatoren, Kommunales Öko-Audit, Wasser, Boden und Fläche, Naturschutz, Stadtteilarbeit, Bürgerschaftliches Engagement sowie Wirtschaft und Handwerk.

Im Auftrag des Ministeriums für Umwelt und Verkehr und in Kooperation mit dem Agenda-Büro führt die Akademie für Umwelt- und Naturschutz mit einem Fachbüro seit 1999 Grundlagenkurse zur Moderation von Agenda-Gruppen und -Prozessen durch. An diesen 36 Kursen, die meist in Kooperation mit den Landkreisen durchgeführt wurden, nahmen etwa 470 Bürgermoderatoren teil. Damit soll besonders in den kleinen Gemeinden, die sich keine externen Moderationsbüros leisten können, die Durchführung der Lokalen Agenda verbessert werden. In 2001 wurde für diese Bürgermoderatoren in drei Seminaren mit dem Aufbau regionaler Netzwerke zur Agenda-Moderation begonnen, an denen 60 Interessierte teilnahmen. Da Projekte im Rahmen der Lokalen Agenda im Mittelpunkt stehen, wurden seit 2001 bisher 6 Schulungen zum Projektmanagement mit ca. 120 Teilnehmern durchgeführt.

B) Vorträge und Beratung

Das Agenda-Büro war seit seiner Gründung zu rund 110 Vorträgen bei einzelnen Gemeinden vor Ort, meist in Gemeinderatssitzungen, Informations- und Auftaktveranstaltungen der Lokalen Agenda oder der Eröffnung der landesweiten Lokalen-Agenda-Wanderausstellung. Hinzu kommen etwa 95 weitere Vorträge auf meist regionalen (nicht vom Agenda-Büro durchgeführten Veranstaltungen). Davon wurden etwa 25 speziell für Kommunalpolitiker durchgeführt, wovon etwa die Hälfte Sprengelsitzungen bzw. Dienstbesprechungen der Bürgermeister in den Landkreisen waren.

C) Materialien und Öffentlichkeitsarbeit

Das Agenda-Büro unterstützt die Kommunen mit kostenlosen Informationsmaterialien, die einen besonderen Schwerpunkt auf die Darstellung konkreter Beispiele und Erfahrungen aus den Kommunen legen. Bisher sind folgende Materialien erschienen:

Einstiegsinfo: Lokale Agenda 21 in kleinen Gemeinden**Leitfäden**

- Lokale Agenda 21 - Ein Leitfaden
- Lokale Agenda 21 in kleinen Gemeinden - Ein Praxisleitfaden mit Beispielen

Arbeitsmaterialien

1. Übertragung des Öko-Audits auf Kommunen und Verwaltungen
2. Öffentlichkeitsarbeit für die Lokale Agenda - Mit 30 Praxisbeispielen
3. Lokale Agenda 21 Baden-Württemberg - Dokumentation des Kongresses vom 17.11.98
4. Übersicht Kommunen und Übersicht Landkreise - Lokale Agenda in Baden Württemberg:
Schwerpunkte, Ansprechpartner und Arbeitsgruppen (wird regelmäßig aktualisiert)
5. Ökologische Stadtentwicklung Ravensburg
6. Einstieg in die Lokale Agenda in Weissach im Tal
7. Einstieg in die Lokale Agenda in der kleinen Gemeinde Pleidelsheim
8. Bürgerforen in Friedrichshafen
9. Erste Erfahrungen: Lokale Agenda in kleinen Gemeinden
10. Erarbeitung und Umsetzung von Agenda-Projekten
11. Lokale Agenda im Verbund kleiner Gemeinden
12. Wasser in der Lokalen Agenda 21
13. Wald in der Lokalen Agenda 21
14. Öko-Audit für Tourismusgemeinden
15. Einbindung der Wirtschaft in die Lokale Agenda 21
16. Moderationshilfe für die Lokale Agenda 21
17. Weiterentwicklung der Lokalen Agenda 21
18. Geförderte Agenda-Projekte 2001
19. Naturschutz in der Lokalen Agenda 21
20. Nachhaltigkeitscheck für Gemeinderatsvorlagen in Pleidelsheim
21. Boden und Fläche in der Lokalen Agenda 21
22. Eine Welt und Faire Produkte ins Rathaus

Aktionsbörse: 420 beispielhafte Projekte für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort,
(Stand Februar 2002)

Alle Materialien sind kostenlos erhältlich und auch zum Herunterladen auf der Homepage des Agenda-Büros verfügbar. Deshalb lässt sich ihre genaue Auflage nicht bestimmen. Die am meisten nachgefragten Materialien und Leitfäden haben dabei eine Auflage von mehreren tausend Exemplaren erreicht. Hinzu kommen weitere Publikationen, die das Ministerium für Umwelt und Verkehr herausgibt, wie der „Leitfaden Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda“ oder die Broschüre „Wettbewerb: Konkrete Projekte zur Lokalen Agenda“. Bei der Landesanstalt für Umweltschutz erschien eine ganze Reihe von Leitfäden zum Einstieg ins Öko-Audit, einige davon speziell für Kommunen.

Das Agenda-Büro informiert mit einem regelmäßigen Rundschreiben, das bisher 16 mal erschienen ist, viermal jährlich momentan rund 770 Adressaten, davon 480 Kommunen in Baden-Württemberg. Alle neuen Materialien und alle Veranstaltungen werden in den Rundschreiben und Publikationen des Städtetags und des Gemeindetags Baden-Württemberg angekündigt. Die Homepage des Agenda-Büros enthält neben allen Materialien aktuelle Informationen und Links zu Kommunen, anderen Bundesländern und bundesweiten bzw. internationalen Einrichtungen. Die Öffentlichkeitsarbeit der Kommunen wird besonders durch eine kostenlose Wanderausstellung zur Lokalen Agenda unterstützt, die bisher 102 mal vor Ort gezeigt wurde.

D) Modellprojekte und Studien

Im Auftrag des Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg lässt das Agenda-Büro Erfahrungen aus Agenda-Prozessen wissenschaftlich aufarbeiten. Diese werden allen Interessierten zur Verfügung gestellt und sind ferner Grundlagen für Überlegungen, wie die Unterstützung durch das Land an die jeweils aktuellen Bedürfnisse angepasst werden kann.

Themen waren bisher:

- Kommunales Öko-Audit
- Erfahrungen der Lokalen Agenda in einzelnen Städten
- Erfahrungen der Lokalen Agenda in ausgewählten kleinen Gemeinden
- Lokale Agenda im Verbund kleiner Gemeinden
- Lokale Agenda auf Landkreisebene
- Kommunale Nachhaltigkeitsindikatoren für die Lokale Agenda
- Verknüpfung der Lokalen Agenda mit anderen kommunalen Prozessen
- Ansatzpunkte für Handlungsprogramme der Lokalen Agenda.

E) Finanzielle Förderung

Seit 1999 stellt das Ministerium für Umwelt und Verkehr in einem Wettbewerb „Konkrete Projekte zur Lokalen Agenda 21“ jährlich eine Million DM bzw. seit dem Jahr 2002 500.000 € für Agenda-Aktivitäten vor Ort zur Verfügung.

Im Rahmen der Fördertätigkeit und der Schwerpunkte der Stiftung Naturschutzfonds beim Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum werden ebenfalls vorbildliche Lokale Agenda-Projekte im Bereich Naturschutz und Landwirtschaft unterstützt. Im Jahr 2002 wurden insgesamt 18 Projekte mit einem Fördervolumen von rd. 484.000 € in eine Förderung einbezogen. Im Bereich des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum wurden im Jahr 2001 insgesamt 26 Projekte mit einem Fördervolumen von 632.000 € gefördert.

Des Weiteren finden insbesondere die Anliegen kleinerer Kommunen mit dem bestehenden Instrumentarium, wie z. B. dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR), Berücksichtigung.

Mit dem seit dem Jahr 1995 bestehenden ELR unterstützt das Land die integrierte Strukturentwicklung ländlich geprägter Orte. Ziel des ELR ist es, in Dörfern und Gemeinden, vor allem des ländlichen Raums, die Lebens- und Arbeitsbedingungen durch strukturverbessernde Maßnahmen zu erhalten und fortzuentwickeln, der Abwanderung entgegenzuwirken, den landwirtschaftlichen Strukturwandel abzufedern und dabei sorgsam mit den natürlichen Lebensgrundlagen umzugehen.

Vorrangig werden solche Maßnahmen gefördert, die zu einer Strukturverbesserung des Ortes in seiner Gesamtheit führen. Mit den Förderschwerpunkten

- Arbeiten,
- Grundversorgung,
- Gemeinschaftseinrichtungen und
- Wohnen

werden zentrale Aufgabenfelder staatlicher Struktur- und gemeindlicher Entwicklungspolitik angesprochen. Damit wird den Gemeinden die Möglichkeit geboten, Strukturentwicklung aus einem Guss zu betreiben.

Als Teil der planerischen Aufwendungen sind dabei projektbezogen auch Formen der aktiven Bürgerbeteiligung im Rahmen der Agenda 21 förderfähig. Dies zeigt u. a. das Beispiel der Gemeinde Eichstetten am Kaiserstuhl, deren modellhaftes Dorfentwicklungskonzept unter Einbeziehung der Lokalen Agenda 21 aus Mitteln des ELR gefördert wurde. Ziel der Bürgerbeteiligung war die Motivation örtlicher Akteure als gleichberechtigter Partner in einem Konsultationsprozess zur Formulierung von Leitbildern, Zielen und Prioritäten von Maßnahmen.

Auch in Flurneuordnungsverfahren bieten sich vielfältige Möglichkeiten, die Ergebnisse der Agenda 21-Prozesse in den Gemeinden in die Tat umzusetzen.

6. *Wie viele Projekte hat die Landesregierung im Rahmen des seit 1999 durchgeführten Agenda-Wettbewerbs gefördert und wie wird der Erfolg der geförderten Projekte eingeschätzt?*

Zu 6.:

Seit dem Jahr 1999 wurden insgesamt 215 Agenda-Projekte im Rahmen des Wettbewerbs „Konkrete Projekte zur Lokalen Agenda 21“ gefördert:

1999: 28 Projekte
2000: 61 Projekte
2001: 74 Projekte
2002: 52 Projekte.

Die Realisierung dieser zum Teil komplexen Projekte ist bereits ein guter Erfolg. Die eingegangenen Projektberichte deuten auch darauf hin, dass im Zusammenwirken von Bürgern und Gemeinden dauerhaft positive Wirkungen zu verzeichnen sind.

Für die ersten 28 geförderten Projekte aus dem Jahr 1999 wurde von November 2000 bis März 2001 durch Wissenschaftler eine Evaluierung vorgenommen. Demnach sind 16 Projekte ohne Abstriche als Erfolg zu werten, 3 Projekte haben Teilerfolge erzielt, 8 Projekte können noch nicht endgültig beurteilt werden, wobei die bisherige Entwicklung auf einen Erfolg deutet. Die beauftragten Wissenschaftler der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft kommen zum Ergebnis, dass der Wettbewerb schon im Jahr 1999 ein großer Erfolg gewesen ist⁴⁴. Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Projekte aus dem Jahr 2000 wird in Kürze vorgelegt werden.

7. *Inwieweit konnten im Rahmen der Lokalen Agenda über die einzelnen Gemeinden hinaus Projekte oder Kooperationen*

- a) *auf regionaler Ebene*
- b) *grenzüberschreitend*
- c) *auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit realisiert werden?*

Zu 7.:

a) *Kooperationen auf regionaler Ebene*

An dem bundesweiten Wettbewerb „Regionen der Zukunft - regionale Agenden für eine nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen beteiligten sich von 1998-2000 aus Baden-Württemberg folgende vier „Zukunfts-Regionen“: die Region Freiburg-Breisgau/Hochschwarzwald Emmendingen (federführend: Stadt Freiburg in Kooperation mit beiden Landkreisen), der Kooperationsraum Bodensee-Oberschwaben (federführend: Regionalverband Bodensee-Oberschwaben), der Verband Region Stuttgart und der Deutsch-Französische Kooperationsraum PAMINA (federführend: der Regionalverband Mittlerer Oberrhein in Baden-Württemberg). In diesem Rahmen fanden in Kooperation mit dem Agenda-Büro regionale Workshops zum Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung der Kommunen mit Lokaler Agenda statt. Diese regionale Kooperation wurde vom Agenda-Büro 2001 durch regionale Workshops zum Erfahrungsaustausch in Karlsruhe, Freiburg, Heilbronn und Schwäbisch-Gmünd fortgesetzt und soll in Kooperation mit Kommunen und den oben am Modellvorhaben genannten Regionen weitergeführt werden. In der Bodenseeregion erfolgt eine intensive Vernetzung der Lokalen-Agenda-Aktivitäten im Rahmen der grenzüberschreitenden Bodenseeagenda (siehe 7.b).

Auf Landkreisebene haben bisher nach Kenntnis des Agenda-Büros 14 Landkreise einen Kreistagsbeschluss für eine Lokale Agenda gefasst: Bodenseekreis, Emmendingen, Enzkreis, Esslingen, Göppingen, Hohenlohekreis, Lörrach, Ludwigsburg, Ortenaukreis, Ostalbkreis, Rastatt, Ravensburg, Rems-Murr-Kreis und Sigmaringen. In den Landkreisen Lörrach, Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Ortenaukreis, Göppingen, Reutlingen, Enzkreis, Ostalbkreis, Rems-Murr-Kreis, Bodenseekreis, Ravensburg, Konstanz und Ludwigsburg sind dem Agenda-Büro Kooperationen und Projekte auf Kreisebene bekannt.

b) Grenzüberschreitende Kooperationen

1999 wurde die „Bodensee-Agenda 21“ von der Internationalen Bodenseekonferenz in Gang gesetzt. Ziel ist, die hohe Lebensqualität der Region mit ihrer reichhaltigen Kulturlandschaft und ihrer vielfältigen Siedlungs- und Gesellschaftsstruktur rund um den See zu bewahren und zu entwickeln. Eine Geschäftsstelle wurde beim Regierungspräsidium Tübingen eingerichtet. Inzwischen wurden bei allen 13 beteiligten Landkreisen bzw. entsprechenden Regionen der beteiligten Länder Baden-Württemberg, Bayern, Liechtenstein, Österreich und Schweiz Regionalstellen geschaffen. In Baden-Württemberg sind dies die Landkreise Sigmaringen, Ravensburg, Konstanz und der Bodenseekreis. Im Rahmen der Bodensee-Agenda erfolgt die Information und Vernetzung der Kommunen durch ein vielfältiges Veranstaltungsangebot, das für Baden-Württemberg mit dem Agenda-Büro abgestimmt bzw. gemeinsam durchgeführt wird. Ferner werden im Rahmen eines Wettbewerbs Agenda-Projekte gefördert.

In Rheinfelden wurde die Lokale Agenda grenzüberschreitend in Rheinfelden-Schweiz und Rheinfelden-Baden gemeinsam durchgeführt und vom Ministerium für Umwelt und Verkehr finanziell unterstützt. Dies ist nach Kenntnisstand des Agenda-Büros die einzige grenzüberschreitende Lokale Agenda dieser Art in Deutschland.

Das Ministerium für Umwelt und Verkehr förderte ein gemeinsames grenzüberschreitendes Pilot-Projekt der beiden Städte Stutensee(Landkreis Karlsruhe) und Le Petit Pierre (Nord-Elsass) zum Thema „Wirtschaftskreislauf Holz“.

c) Kooperationen auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit

In den Lokalen-Agenda-Prozessen in Baden-Württemberg stehen bisher lokale Probleme im Vordergrund, das Thema „Eine Welt“ war in den ersten Jahren kein Schwerpunkt. Dies deckt sich mit den Erfahrungen anderer Bundesländer mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen.

Um in Baden-Württemberg die Lokale Agenda stärker mit dem Thema „Eine Welt“ zu verbinden, fanden im Jahr 2001 eine Reihe von Veranstaltungen und verschiedene Gespräche zwischen dem Wirtschaftsministerium und dem Ministerium für Umwelt und Verkehr statt. In Kürze erscheint ein umfangreicher gemeinsamer Leitfaden beider Ministerien zu diesem Thema, an dessen Erstellung die landesweiten Eine-Welt-Einrichtungen und -Initiativen sowie das Agenda-Büro beteiligt waren.

Projekte der Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Lokalen Agenda sind bisher vorwiegend auf das Thema „Fairer Handel“ konzentriert. Über die Herausgabe entsprechender lokaler Informationsschriften hinaus wurden eigene kommunale Agenda-Kaffees geschaffen. Damit wird fair gehandelter Kaffee von der jeweiligen Stadt unterstützt und die Identifikation durch den Namen erhöht. Inzwischen gibt es ca. 20 solcher Agenda-Kaffees wie das „Cafe Friederico“ in Friedrichshafen oder im Ostalbkreis das „Ostalbkaffee“. Der Absatz fair gehandelten Kaffees konnte so vor Ort beispielsweise vervierfacht werden. Das Agenda-Büro hat diese Aktivitäten aufbereitet und anderen Kommunen zur Verfügung gestellt.

Die Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Lokalen Agenda wird durch das Projekt „Global Fairness“ verstärkt, das unter 4.e) genauer beschrieben wurde. Festzustellen ist, dass insgesamt bisher - auch unabhängig von der Lokalen Agenda - sehr wenige kommunale Städtepartnerschaften mit Kommunen aus dem Süden bestehen, während es sehr viele Kirchenpartnerschaften in diesem Bereich gibt. Dies könnte ein guter Ansatzpunkt sein, hier entsprechende Verbesserungen zu erzielen.

8. Wie kann die Entwicklung der Agenda 21 mit dem Kernelement des bürgerschaftlichen Engagements im Sinne der Nachhaltigkeit auf eine dauerhafte Basis gestellt werden?

Zu 8.:

Als eine Entwicklungslinie zeichnet sich die Weiterentwicklung der Lokalen Agenda zu einer „Nachhaltigen Bürgerkommune“ ab.

Wichtig ist dabei, dass über die Bürger hinaus auch der Gemeinderat und die Verwaltung für eine nachhaltige Entwicklung der Kommune stärker als bisher eingebunden werden.

Aus den Erfahrungen zeichnen sich dabei folgende Elemente als Bausteine ab:

- a) Maßnahmen für mehr Bürgerbeteiligung durch,
 - das Einrichten fester Anlaufstellen für mehr Bürgerbeteiligung in der Verwaltung
 - das Schaffen von Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger, z. B. durch Bürgergutachten
 - die Förderung freiwilligen Engagements durch eine „Kultur der Anerkennung“ und finanzielle Mittel, z. B. in Form von „Bürgerstiftungen“
 - die Gewinnung der Ehrenamtlich Tätigen, sich in ihrem Tätigkeitsbereich für mehr Nachhaltigkeit einzusetzen (z. B. Sportvereine, siehe 4.a)
 - die Einrichtung eines Zukunftsrates, um das Zusammenwirken von Bürgern, Politik und Verwaltung für eine nachhaltige Entwicklung sicherzustellen.
- b) Instrumente für eine nachhaltige Entwicklung in der Kommune unter Einbindung von Gemeinderat und Politik:
 - Nachhaltigkeitsberichte auf Grundlage von Indikatoren (siehe 9.)
 - die Umsetzung von kommunalen Öko-Audits und Klimaschutzprogrammen zur Ressourceneinsparung in der Kommune
 - die Schaffung einer Verwaltungs-Agenda für eine ämterübergreifende Kooperation
- c) ein umfassender programmatischer Rahmen:
 - Agenda-Programm für eine nachhaltige Stadtentwicklung
 - Bildungsmaßnahmen für einen nachhaltigen Bewusstseinswandel
 - globale Partnerschaft mit Kommunen der „Dritten-Welt“.

Ferner zeichnet sich ein Bedürfnis ab, die Lokale Agenda mit anderen Prozessen, wie Stadtentwicklung, Bürgerschaftliches Engagement, Stadtmarketing, Verwaltungsreform und Öko-Audit, zu verknüpfen. Ein Modellprojekt hierzu wurde in vier Kommunen abgeschlossen. Es ist vorgesehen, die Ergebnisse des Modellprojekts herauszugeben.

9. Wie können Kommunen für sich den Erfolg und den eigenen Stand auf dem Umsetzungspfad der Lokalen Agenda 21 feststellen?

Zu 9.:

Die Lokale Agenda 21 fordert in ihrem Abschlusskapitel, Indikatoren zu entwickeln und einzusetzen. Diese Kennziffern erfassen die Trends auf den zentralen Feldern einer nachhaltigen Entwicklung. Baden-Württemberg hat gemeinsam mit den Bundesländern Bayern, Hessen und Thüringen in 12 Kommunen und 4 Landkreisen erfolgreich einen Satz von 24 kommunalen Nachhaltigkeits-Indikatoren erprobt, die die wichtigsten Teilziele einer nachhaltigen Entwicklung abbilden.

Der hieraus entstandene Leitfaden „Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda“ hilft den Kommunen bei der Anwendung der Indikatoren. Die Erhebungen zu den Indikatoren sollen in Nachhaltigkeitsberichten dokumentiert werden, die jetzt in den ersten Kommunen fertig gestellt werden. Hierzu gibt es für Interessenten einen Musternachhaltigkeitsbericht (Berichtsmaske zum „Ausfüllen“) auf Diskette. Als weitere Serviceleistungen werden den Kommunen Indikatoren-Einstiegsworkshops angeboten, wobei bei bisher 5 durchgeführten Workshops 145 Teilnehmer zu verzeichnen waren.

10. Welchen Unterstützungsbedarf sieht die Landesregierung hinsichtlich der Kommunen sowie Bürgergruppen für die Zukunft?

Zu 10.:

Das Agenda-Büro der Landesanstalt für Umweltschutz wird seine Beratungstätigkeit für die Kommunen fortführen. Die bisherige Projektförderung im Rahmen

des Wettbewerbs „Konkrete Projekte zur Lokalen Agenda 21“ und geeignete Unterstützungsmaßnahmen werden zurzeit überprüft mit dem Ziel, eine den finanziellen Möglichkeiten und den aktuellen Entwicklungen angepasste neue Konzeption vorzulegen.

Die Überlegungen für die Zukunft beziehen sich auf die Unterstützung kleinerer Gemeinden, das Bemühen von Mitwirkung bei den Bevölkerungsgruppen, die bislang eher abseits standen (vgl. 4 B)), Nachhaltigkeitskonzepte auf örtlicher Ebene, die stärkere Verknüpfung mit den Zielen des Umweltplans, das Finden neuer Themen nach dem Abschluss von Projekten, einer Betonung der Umweltthemen, um eine zu große Zersplitterung auf alle Aspekte möglicher bürgerschaftlicher Mitwirkung zu vermeiden und die Betonung des Themas „Eine Welt“.

Müller

Minister für Umwelt und Verkehr